



Vorlage TA\_52/2019  
zur öffentlichen Sitzung des  
Ausschusses für Umwelt und  
Technik  
am 08.11.2019

mit 2 Anlagen

An die  
Mitglieder  
des Ausschusses für Umwelt und Technik

**Einführung des 365-Euro-Jahrestickets  
Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 29.09.2019**

Die Fraktion DIE LINKE hat am 29.09.2019 beantragt, der Kreistag möge für den Landkreis Ludwigsburg die Einführung des 365-Euro-Jahrestickets beschließen (Anlage 1).

Die Kreisverwaltung hat den Antrag an den Verkehrsverbund Stuttgart (VVS) mit der Bitte um Stellungnahme besonders hinsichtlich der finanziellen Auswirkungen weitergeleitet. Diese liegt nun vor (Anlage 2).

**Stellungnahme des VVS (Anlage 2)**

Im Wesentlichen stellt der VVS dar, dass durch die Umsetzung der Tarifzonenreform am 01. April 2019, in der das Tarifsysteem vereinfacht und viele Fahrtverbindungen im Preis deutlich reduziert wurden, bereits heute viele Fahrgäste aus den Landkreisen von einem günstigeren Tarif profitieren. Allein dafür beläuft sich das finanzielle Engagement des Landkreises Ludwigsburg in den Jahren 2020 bis 2024 auf jährlich rund 5,3 Mio. Euro.

Die verbundweite Einführung des 365-Euro-Jahrestickets würde nach der Kalkulation des VVS je nach Ausführung 118 Mio. Euro (entsprechend dem Wiener Modell für jedermann in der Preisstufe 1) bzw. 146 Mio. Euro (für jedermann in allen Preisstufen) kosten. Entsprechend der bisherigen Kostenverteilung würde dies den Landkreis Ludwigsburg jährlich mit 19 Mio. Euro bzw. 23 Mio. Euro belasten.

Außerdem müssten bei einer Einführung des 365-Euro-Jahrestickets kurzfristig ÖPNV-Maßnahmen in den Bereichen Infrastruktur, Fahrzeugkapazitäten, Taktung und Erschließung erfolgen, die über den ohnehin geplanten Ausbau des ÖPNV hinausgingen. Der VVS schätzt, dass allein für diese Maßnahmen ein maßgeblicher zweistelliger Millionenbetrag aufgebracht werden müsste.

## **Stellungnahme der Verwaltung**

Der Antrag wurde nur für den Landkreis Ludwigsburg gestellt, d.h. für das Ticket müsste innerhalb des Verbundgebietes eine Sonderregelung getroffen werden. Eine solche Insellösung ist im Verbundgebiet nicht vorgesehen, denn Sinn des Gemeinschaftstarifes ist es, dass für alle Beteiligten im Verbundraum die gleichen Regeln und die gleichen Tarife gelten. Sonderkalkulationen für ein eigenes Tarifangebot widersprechen dem Grundgedanken des Verbunds.

Neben der Kalkulation wäre es aber auch praktisch sehr kompliziert, das Ticket auf die Landkreiseinwohner zu begrenzen, denn die Verkaufsstellen hätten beim Vertrieb sicherzustellen, dass nur Einwohner des Landkreises das 365-Euro-Jahresticket erwerben können.

Darüber hinaus wäre eine zusätzliche Belastung von 19 Mio. Euro (entsprechend dem Wiener Modell) bzw. 23 Mio. Euro (für jedermann und alle Preisstufen im VVS) nicht darstellbar, nachdem allein der Landkreis Ludwigsburg aufgrund der Tarifzonenreform vom April 2019 jährlich mit zusätzlich 5,3 Mio. Euro belastet ist.

Letztlich muss auch berücksichtigt werden, dass die Einführung des 365-Euro-Jahrestickets in Wien einer von vielen Schritten zur Verbesserung des Wiener ÖPNV war. Dort wurden vor der Einführung des Tickets zahlreiche Maßnahmen, wie beispielsweise Parkraumverknappung und -verteuerung umgesetzt, die zu einer höheren Akzeptanz des ÖPNV in der Bevölkerung geführt haben.

Der Landkreis steht in den nächsten Jahren zur Verbesserung der Verkehrssituation vor großen Herausforderungen. Vor allem muss der ÖPNV als wirkungsvolle Alternative zum motorisierten Individualverkehr mit alternativen und neuen Lösungen weiterentwickelt werden. Auch das Wiener Modell hat gezeigt, dass allein Fahrpreisverminderungen nicht genügen. Der Erfolg des Wiener Modells entsteht vor allem durch die Attraktivität des gesamten öffentlichen Verkehrsangebots, das ebenfalls sehr kostenintensiv ist. Diesen Weg, den auch die Verbundlandkreise und die Stadt Stuttgart seit Jahren beschreiten, wollen wir weitergehen. Wir rechnen deshalb in den nächsten Jahren mit zusätzlichen erheblichen Kosten für den weiteren Ausbau des ÖPNV-Angebotes.

## **Beschlussvorschlag:**

Der Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 29.09.2019 wird abgelehnt.